

Nur Feinde und Verräter

DDR-GESCHICHTE Viele in der Linkspartei haben ein differenziertes Bild vom Mauerbau. Doch so manche Altgenossen sehen es schlichter: In Ostberlin feiern sie Mauer-Apologeten

AUS BERLIN (HAUPTSTADT DER DDR) STEFAN REINECKE

Heinz Kessler ist 91 Jahre alt, trägt einen hellen Anzug und sagt mit fester Stimme „Ich war Kommunist und werde immer Kommunist bleiben.“ Das Publikum im Redaktionshaus des *Neuen Deutschland* (ND) applaudiert. Kessler war früher General und Verteidigungsminister der DDR. Jetzt hat er mit dem Ex-NVA-Militär Fritz Strelitz, 84, ein Buch geschrieben: „Die Alternative zur Mauer wäre Krieg gewesen“.

Das *Neue Deutschland* hat die Veranstaltung organisiert, rund 200 Genossen sind da, Durchschnittsalter über 70. Das letzte Aufgebot des Realsozialismus kommt mit Rollator. Kessler agitiert gegen die „gewaltige Hetzkampagne in den Medien“. Dagegen müsse man „aus der Sicht der Deutschen Demokratischen Republik die Gründe für die Grenzsicherungsmaßnahmen am 13. August 1961 darlegen“. Kessler redet druckreife Sätze, so wie sie bis 1990 im ND standen: endlose Substantivierungsketten und formelhafte Passivkonstruktionen. Strelitz sagt, dass man 1961 gegen „Spione und frühere SS-Leute in Westberlin grenzsichernde Maßnahmen ergreifen musste“. Die beiden Militärs kennen sich seit Jahrzehnten. Strelitz nennt Kessler, wenn er ihn anspricht, „Minister außer



Subversiv-imperialistisches Treiben: Blick nach Ostberlin (1962) Foto: Ullstein

man da eine Mauer brauchte? Strelitz zitiert John F. Kennedy, der 1961 gesagt hat, dass die Mauer nicht schön, aber ein Krieg schlimmer sei.

Dieser Satz wird von Mauerbe-

„Der Kampf der BRD gegen die DDR ist der gleiche wie damals“

EX-DDR-MINISTER HEINZ KESSLER

2011 nicht so richtig schrecklich finden. Ein Drittel der Berliner fand die Mauer nötig, bei der Links-Klientel zwei Drittel.

Jürgen Hofmann rührt beim Italiener im Kaffee, er redet leise, mit leicht sächsischem Akzent. Der 68-jährige war 1989 Historiker an der SED-Kaderschmiede Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Hofmann hat eine typische Biografie: in der DDR aus Arbeitermilieu zum Akademiker aufgestiegen, nach 1990 als DDR-Elite abgewickelt.

Hofmann ist seit 1990 in der Historischen Kommission der Linkspartei bzw PDS. „Die Mauer war das Eingeständnis, dass die DDR im offenen Wettbewerb gegen den Westen keine Chance hatte. Das war Repression aus Schwäche“, sagt er. Im Juni hat die Kommission eine Kritik des Mauerbaus veröffentlicht. Im ND gab es dazu böse Leserbriefe.

1988 hat Hofmann mit Joachim Heise das Buch „Fragen an die Geschichte der DDR“ geschrieben. Zum Mauerbau heißt es darin, dass 1961 Schluss mit „dem subversiven Treiben des Imperialismus“ war. Der Text erwähnt auch, dass es „Unverständnis“ gab, weil man „Verwandte und Freunde nicht mehr besuchen konnte“. Doch im Ganzen ist es ein Propagandatext, vielleicht nicht ganz so gehässig wie üblich. Schreiben musste man so etwas 1988 nicht mehr.

Nach Hausdurchsuchung: Jetzt gibt's Emotionen

DURCHSUCHUNG Thüringens SPD-Chef Matschie fordert Stellungnahme von Sachsens Regierung

BERLIN taz | Nach der Durchsuchung der Wohnräume eines Jugendpfarrers in Jena (Thüringen) durch sächsische Polizisten eskaliert der Streit über den Einsatz. Am Donnerstag sagte Thüringens stellvertretender Ministerpräsident und SPD-Landeschef Christoph Matschie der taz: „Das Vorgehen der sächsischen Behörden ist wirklich fragwürdig, da es keinerlei Absprachen mit thüringischen Behörden gegeben hat.“ Er forderte die sächsische Landesregierung auf, zu dem Vorgehen Stellung zu nehmen.

Am Mittwoch waren sächsische Polizisten auf Geheiß der Dresdner Staatsanwaltschaft (Sachsen) nach Thüringen gefahren, um dort das Haus des Pfarrers Lothar König zu durchsuchen, der in Jena seit Jahren gegen Rechtsextremismus aktiv ist und dabei auch mit Jugendlichen aus der linksautonomen Szene zusammenarbeitet. König wird vorgeworfen, am 19. Februar in Dresden einen Lautsprecherwagen zur Verfügung gestellt zu haben, mit dem auch Straftaten begangen worden seien. Gegen König ermittelt die Dresdner Staatsanwaltschaft auch wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Für ihren umfassenden Ermittlungsstil steht die Dresdner Staatsanwaltschaft seit Monaten in der Kritik, unter anderem weil

richtete). Die evangelische Landeskirche in Thüringen sowie zahlreiche Politiker hatten die Durchsuchungsmaßnahme am Mittwoch stark kritisiert.

„Rechtsstaat bedroht“

Der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Jan Hille, verteidigte den Einsatz. Der taz sagte er, der Rechtsstaat müsse sich bedroht fühlen, wenn Politiker versucht, Einfluss auf laufende Ermittlungen zu nehmen. „Das, was sich im Moment einige Politiker und interessierte Medien an Vorwürfen gegen die Staatsanwaltschaft Dresden erlauben, kannte ich bisher nur aus der rechtsextremen Ecke oder von Querulanten“, sagte Hille der taz. „Wir werden uns von keinem Politiker zu einer Strafvereitelung drängen lassen.“

Die zuständige Polizeidirektion Jena bestätigte unterdessen, sie sei „mit Beginn des Einsatzes“ am Mittwoch über die Maßnahme der sächsischen Ermittler informiert worden. Aus dem thüringischen Innenministerium heißt es, das Ministerium sei von der Aktion, an der keine thüringischen Beamten beteiligt gewesen seien, nicht informiert gewesen. Die Staatsanwaltschaft Dresden beruft sich auf die Strafprozessordnung und das Gerichtsvollzugsgesetz. Demnach dürfe sie bundesweit ermitteln und da-

Klage wegen erschlichener Freundschaft

BESPITZELUNG Mitglieder der linken Szene in Heidelberg prozessieren gegen den Einsatz eines verdeckten Ermittlers, der ihr Leben ausforschte. Polizist hatte sich unter Tarnnamen an der Uni eingeschrieben

FREIBURG taz | Der Einsatz eines verdeckten Ermittlers gegen die linke Szene in Heidelberg wird gerichtlich überprüft. Sieben Personen aus dieser Szene haben jetzt beim Verwaltungsgericht Karlsruhe Klage eingereicht. Sie sehen ihre Privatsphäre und ihre Menschenwürde verletzt.

Der Polizist Simon Bromma war von Ende 2009 bis 2010 in Heidelberg unterwegs. Er schrieb sich unter dem Tarnnamen Simon Brenner an der Uni ein, engagierte sich in studentischen Gruppen, vor allem der Kritischen Initiative (KI), und erschlich sich mit seiner hilfsbereiten Art zahlreiche Freundschaften. Über Aktivitäten und Strukturen der Szene schrieb er regelmäßig Berichte an seine Kollegen von der Polizei.

Dass Bromma/Brenner eigentlich Polizist ist, kam nur durch Zufall heraus; eine Urlaubsbekanntschaft hatte ihn enttarnt. Zur Rechenschaft gestellt, gab er an, dass sich der Einsatz gegen die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) gerichtet habe. Jetzt klagten sieben

Mitglieder von KI und AIHD gegen den „rechtswidrigen“ Einsatz des Geheimpolizisten. Die Studenten und Angestellten im Alter bis zu 43 Jahren glauben, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Spitzzeinsatz nicht vorlagen.

Das Stuttgarter Innenministerium hatte sich auf das Landespolizeigesetz berufen. Danach ist

Eine Urlaubsbekanntschaft enttarnte den verdeckten Ermittler zufällig

der Einsatz von verdeckten Ermittlern zur „vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten erheblicher Bedeutung“ zulässig. In einer parlamentarischen Antwort spezifizierte das Ministerium im Februar: Man habe befürchtet, dass „bei zukünftigen Auseinandersetzungen mit der rechtsextremistischen Szene auch Brandsätze verwendet werden könnten“.

Als Beleg für solche Gefahren diente eine Hausdurchsuchung bei einer Landkommune 50 Kilometer von Heidelberg entfernt. Dort seien im Keller „mehrere gebrauchsfertige Brandsätze“ (gemeint sind wohl Molotowcocktails) gefunden worden. Nach Angaben der Bewohner, die nur losen Kontakt zur Heidelberger Szene haben, seien diese zur Notwehr bei Naziangriffen gedacht gewesen.

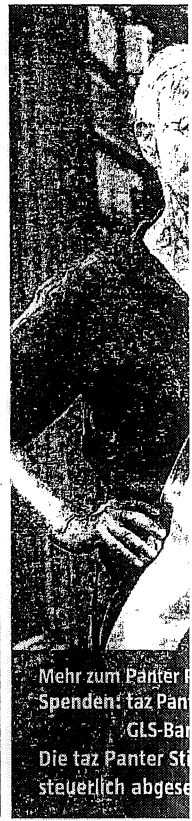
Michael Dandl von der Antifaschistischen Initiative hält die Begründung des Ministeriums für „an den Haaren herbeigezogen“. Daraus ergebe sich „keinerlei Hinweis, dass die Heidelberger Antifa erhebliche Straftaten plant“, sagte er jetzt zur taz. Die Begründung sei auch eindeutig vorgeschoben. „Die angeführte Hausdurchsuchung fand eine Woche statt, bevor Bromma seine ersten Berichte schrieb. Da war der verdeckte Ermittler also längst geschult und platziert.“

Da der Spitzzeinsatz bereits beendet ist, wurde die Klage als sogenannte Fortsetzungsfeststellungsklage eingereicht. Da-

mit kann auch die Rechtswidrigkeit abgeschlossener staatlicher Maßnahmen überprüft werden, wenn eine Wiederholungsgefahr oder ein Rehabilitationsinteresse besteht. Eine Wiederholungsgefahr sieht Rechtsanwalt Martin Heiming, der die Klage formulierte, schon darin, dass nach Informationen der Antifa noch zwei weitere Under-Cover-Polizisten in Heidelberg aktiv sein sollen.

Eine Rehabilitation sei erforderlich, weil das Innenministerium den Einsatz nachträglich rechtfertigt habe. So sei der Eindruck erweckt worden, bei den überwachten Studenten handle es sich um „gewaltbereite Gefährder“. Außerdem seien die Privatsphäre und die Menschenwürde verletzt, wenn den Aktivisten „ohne eigenes Wissen“ staatlicherseits eine Freundschaft/Bekanntschaft zu einem polizeilichen Ermittler aufgezungen werde.

Anwalt Heiming hofft jetzt auf Akteneinsicht. Er will wissen, was die Polizei in Heidelberg wirklich vorhatte. CHRISTIAN RATH



Mehr zum Panther Spenden: taz Panther GLS-Bank Die taz Panther Steuerlich abgesetzt